

# Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Kreis- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adolph, Neudorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Vertriebsstellen: Aue 17, Adolph (Vom Aue) 140, Schneeberg 10, Schwarzenberg 374, Erzgebirgische Volksfreund Vertriebsstelle.

Ungelegene Annahme für die am Samstag erscheinende Nummer die vorläufige 2. Seite in den Hauptausgaben. Eine Sonder für die Aufnahme der Ausgabe am vorgedruckten Tage keine an bestimmter Stelle nicht gegeben, auch nicht für die Rückgabe der durch den Druck ausbleibenden Ausgaben. — Für Rückgabe unentgeltlich eingehender Geschäftsbriefe übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Verzögerung. Die Abrechnung der Ausgaben gegen die Abnehmer ist nicht verbindlich. Geschäftsstellen in Aue, Adolph, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 211.

Dienstag, den 11. September 1923.

76. Jahrg.

Auf Blatt 5 des hiesigen Genossenschaftsverzeichnisses, betreffend die Gewerbetreibenden Johanngeorgenstadt, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Johanngeorgenstadt, ist heute eingetragen worden: Das Statut ist abgeändert. Die Haftsumme beträgt 10 000 000 Mark.  
Amtsgericht Johanngeorgenstadt, den 7. September 1923.

## Bekanntmachung.

**Erhöhung der Biersteuer ab 5. September 1923 und Bierabgabenerordnung.**  
Mit Wirkung vom 5. September 1923 sind die Steuerfüße für in- und ausländisches Bier ab dem 5. September 1923 um 2 hl Bier befallen haben, haben daher ihren Bestand bis zum 13. September 1923 dem zuständigen Zollamt nach Art, Raummenge und Aufbewahrungsort zur Nachversteuerung anzumelden.  
Einzelforderungen werden nicht.  
Nichtbeachtung zieht Strafe nach sich.  
Nähere Auskunft erteilen die Zollämter.  
Adolph, am 7. September 1923.  
Landesfinanzamt,  
Abteilung für Zölle und Verbrauchssteuern.

Der für den 1. September 1923 vorgesehene Zwischentermin für die Brandhaffensbeiträge ist neuerdings mit dem ordentlichen Termin am 1. Oktober 1923 zusammengelegt worden und es sind nicht bloß 650 Mk. für jede Einheit (wie am 27. August bekanntgemacht), sondern 6300 Mk. für jede Einheit. Das ist das 500fache des letzten Termins, bis Ende September d. J. an unsere Steuerkasse zu bezahlen.  
Aue, am 10. September 1923.  
Stadtsteueramt.

## Aue.

Als Abschlagszahlung auf die ersten 3 Termine der Gewerbesteuer 1923 ist bis spätestens 10. September 1923 das 450fache der Gewerbesteuer 1922 für den Staat und das 1350fache als Gemeindezuschlag, zusammen das 1800fache der Gewerbesteuer 1922 an das Stadtsteueramt zu entrichten. Bei nicht fristgemäßer Zahlung wird für jeden der fälligen folgenden angefallenen Kalendermonat ein Zuschlag von 50 % erhoben. Besondere Steuerbescheide werden nicht zugestellt.  
Aue, am 10. September 1923.  
Der Rat der Stadt, Stadtsteueramt.

## Gewerbesteuer.

## Aue.

Auf Grund von Reichsgeboten ist die Wohnungsbauabgabe vom 1. Juli 1923 ab auf das Dreifache der im Abgabebekleid verzeichneten Beträge erhöht worden. Die dreifachen Terminalsätze sind am 25. September 1923, 15. November 1923 und 15. Februar 1924 an die Stadtsteuerkasse Aue zu entrichten. Soweit obige Termine bereits bezahlt sind, muß der Erfüllungsbetrag noch entrichtet werden.  
Bei nicht rechtzeitiger Zahlung sind Verzugszinsen in Höhe von 1 vom Hundert täglich zu entrichten. Besondere Abgabebekleid wird nicht erteilt.  
Aue, 10. September 1923.  
Der Rat der Stadt — Steueramt.

## Wohnungsbauabgabe.

## Betr. Erhöhung der Teilzahlung für September-Gasverbrauch.

Kohlenpreise sind schon wieder und zwar von heute ab um ca. 100 % gestiegen. Kohlen müssen sofort bei Lieferung bezahlt werden. Infolgedessen müssen wir die Teilzahlung für September-Gasverbrauch auf Mk. 1000 000.— für 1 cbm vom 1. d. M. ab erhöhen. Alle rückständigen, also noch nicht bezahlten Teilzahlungen, werden in derselben Höhe, also Mk. 1000 000.— für 1 cbm erhoben.  
Aue, den 10. September 1923. Direktion der städt. Gas- und Elektrizitätsversorgung.

## Öffentl. Stadtverordneten-Sitzung in Schneeberg

Donnerstag, den 13. September, abends 8 Uhr.

## Zahlung von Renten Tschechoslovakischer Staatsangehöriger in effektiven Kronen.

Das Konsulat der Tschechoslovakischen Republik in Chemnitz gibt auf Grund einer telephonischen Weisung aus Prag bekannt, daß die Renten für den laufenden Monat diesmal noch in der bisherigen Weise durch das Postfachamt in Prag überwiesen werden. Die Erfolge von effektiven Kronen wird erst im Oktober bewerkstelligt werden können.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Adolph und Schwarzenberg eingesehen werden.

## Abbau?

Das Ministerium Stresemann hatte durch den Mund des neuen Kanzlers bei der Übernahme der Regierung versprochen, die Politik des Kabinetts Cuno in der Rhein-Ruhrfrage fortzuführen. Der Zeitgeist dieses Kabinetts war bekanntlich: erst Klärung, dann Verhandlung. In den paar Wochen seit Übernahme der Regierung durch Dr. Stresemann ist dieser Grundgedanke schrittweise abgebaut worden. Man sieht, daß man gute Gründe für diese Wendung zu haben glaubt, aber man sollte doch der Deffektivität klaren Meinungen einsehen und mit der Politik der Geheimniskrämerie endlich aufhören. Glaubt man vielleicht, man dürfe dem deutschen Volk, von dem sonst immer behauptet wird, daß es im Gegensatz zu feiler, keine Angelegenheiten nun selbst in die Hand genommen habe, die Wahrheit nur treuherzig beibringen? Wir meinen, daß dies nicht der Fall ist. Es hat schon zu oft Umfälle seiner Regierungen erlebt, es wird auch diesen ohne besonderen Nervenschmerz übertragen. Dar hält man das Verfahren, wie es jetzt wieder angewendet wird, dem Ausland, besonders Frankreich, gegenüber für besonders schlaue und diplomatische? Nun, die Erfahrungen haben doch zur Genüge gelehrt, daß sich die Entente durch Waghals nicht täuschen läßt. Das schrittweise Zurückweichen birgt die Gefahr in sich, daß Poincaré für jeden Schritt zurück auf unserer Seite, seinerseits einen größeren Schritt vorwärts tut. So könnte es kommen, daß wir bei dieser Methode mehr Boden verlieren, als bei einer Politik der rückhaltlosen Anerkennung des französischen Sieges. Außerdem würde, wenn wir uns einmal unterwerfen wollen, ein Eingestehen deshalb schädlich sein, weil jede Stunde, die wir durch Verhandeln verlieren, unsere innere Lage verschlimmert.

Poincaré hat sich in seiner jüngsten Sonntagsrede, die wir an anderer Stelle bringen, auf die veränderte Sachlage eingestellt. Er hat zum ersten Male mit einer gewissen Milde gegenüber Deutschland gesprochen. Wir dürfen uns dadurch nicht täuschen lassen. Seine Stellung ist fester denn je, denn er braucht auf England nach dessen Niederlage im italienisch-griechischen Konflikt noch weniger Rücksicht zu nehmen als er es früher getan hat.

Wenn daher die Rhein- und Ruhrfrage jetzt vor einer Lösung steht, dann wird Frankreich seine Macht uns in aller ihrer Schwere fühlen lassen, sei es, daß wir langsam oder schnell abbauen.

Die Widerstandskraft des deutschen Volkes ist unterhöht. Welche Faktoren die Schuld daran tragen, darauf ist oft genug hingewiesen worden. Es scheint, als ob wir im Begriffe wären, einen zweiten Krieg zu verlieren.

## Die deutsche Industrie für den Abbau

Paris, 8. September. Einer der Direktoren der Kruppwerke, der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Sorge, erklärte dem Korrespondenten des „Newport Herald“, die deutschen Industriellen seien geschlossen hinter Stresemann und billigen dessen Stuttgarter Programm. Der passive Widerstand müßte fortgesetzt werden, solange keine Verhandlungen mit Frankreich stattfinden. Vorbedingung für Verhandlungen wäre die Erlaubnis zur Rückkehr für die ausgewiesenen Arbeiter und Beamten. Deutschland müsse Garantien erhalten, daß die Befehle ausbleiben. Für die Einleitung von Verhandlungen sei es nicht notwendig, daß die Ruhrbesetzung sofort aufhört (1), ebensowenig die Freilassung der verhafteten Industriellen, aber wenn es zur Ausarbeitung von Plänen für eine deutsch-französische industrielle Zusammenarbeit

käme, müsse man wohl auf schnellstem Wege auf Krupp zurückgreifen können. Die deutsche Industrie werde ihr Versprechen erfüllen und ihren Anteil an der Wiederaufbau übernehmen. Wenn dies bisher nicht in vollem Umfange geschah, so seien nur technische Schwierigkeiten daran schuld.

## Zusammenarbeiten mit Frankreich?

Paris, 8. Sept. Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ glaubt mitteilen zu können, daß in der Note an Deutschland, die vielleicht heute oder morgen abgehen wird, die Frage der Zusammenarbeit in Industrieangelegenheiten besonders behandelt wird. An maßgebender Stelle will er erfahren haben, daß es nur noch eine Sache der Verhandlung ist, um die deutsch-französische Zusammenarbeit zu verwirklichen. Die Deutschen hätten ihre Dienste angeboten und die Franzosen seien der Ansicht, daß eine solche wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht zu umgehen sei.

## Poincaré lehnt bedingt ab.

Paris, 9. September. Poincaré hat am Sonntag bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Damville eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: Wenn der Reichswirtschaftsminister oder der deutsche Finanzminister versichern, daß es für Deutschland eine finanzielle Heilung nur nach dem Ende des Kampfes im Ruhrgebiet gibt, so darf man ihnen die Antwort geben, daß wenn dem so ist, lie die Heilung in der Hand haben. Sie müssen nur damit aufräumen, Milliarden von Mark ins Ruhrgebiet zu werfen, um die Arbeiter zum Streik zu ermutigen. Ich hörte allerdings, daß der neue Reichskanzler uns jetzt an der Pfänder vorlägt als das Ruhrgebiet und die Eisenbahnen der besetzten Gebiete. Aber wir ziehen die positiven Pfänder vor, die wir in der Hand haben und werden sie nicht gegen generelle Pfänder freigeben, die vielleicht auf dem Papier ausgemalt wären, deren Erfolg uns aber entgehen würde. Wir wollen Realitäten und wir werden erst abziehen, wenn wir bezahlt sind. Reichskanzler Dr. Stresemann erklärt nachdrücklich, ein enges Zusammenwirken zwischen den einander ergänzenden Industrien Deutschlands und Frankreichs sei eine ausgezeichnete Einleitung zur Regelung der Reparationen und zu einem endgültigen Friedensstatut. Es trifft allerdings zu, daß die Industrien der beiden Länder, da Deutschland Kohlen und wir Eisenenergie fördern, eines Tages ein Interesse daran haben werden, sich miteinander zu verständigen. Aber die Franzosen, die an diesen wirtschaftlichen Unterhaltungen am meisten interessiert sind, haben begriffen, daß sie, bevor sie an deren Fortbereitung gehen, der französischen Regierung Zeit lassen müssen, bezüglich des Reparationsproblems Sicherheiten und Ergebnisse zu erlangen.

Die Frage, welche alle anderen beherrscht, ist die des Wiederaufbaus unserer zerstörten Gebiete. Wenn wir sehen, daß Deutschland entschlossen ist, diese Frage zu regeln und für unsere Sicherheiten etwas anderes als Verprechungen zu geben, dann werden wir ohne Vorbehalten die Möglichkeit ins Auge fassen, Wirtschaftsverträge abzuschließen. Aber dann muß Deutschland beginnen, sein Verhalten zu ändern und endlich seinen guten Willen zeigen. Der Ton hat sich geändert, und das ist trotz allem ein Fortschritt, aber das Lied ist das gleiche geblieben. Deutschland steht am Kreuzweg. Wenn es sich retten will, so ist dazu noch Zeit. Wenn es weiter bei seinen Methoden bleibt, dann wird es Katastrophen auf sich herabziehen, für die wir nicht verantwortlich sein werden.

## Strenge Klänge.

Paris, 8. September. Gustave Herz, der Chefredakteur der „Gleits“, gibt zuweilen die Anschauungen des Präsidenten Millerand über die politischen Ereignisse wieder. Unter diesen Gesichtspunkten verdient ein Artikel Beachtung, der unter dem Titel „Die Stunde des Kanzlers Stresemann“ in der „Dictionnaire“ zu lesen ist. Herz geht von der Auffassung aus, der Kanzler sei bereit, mit Frankreich direkt zu verhandeln und wolle nur noch den Schein retten, um auch in der Frage des pas-

siven Widerstandes nachzugeben. Herz ist dafür, daß die französische Regierung Stresemann entgegenkomme. Es sei allerdings sehr verführerisch, die deutschen Erklärungen zu ignorieren und einfach abzuwarten, bis Deutschland gezwungen sei, zu kapitulieren. Wenn die Anarchie im Reiche beginnt, dann würden die rheinischen Separatisten sofort das Rheinland von Preußen losreißen und den unabhängigen Rheinstaat schaffen, den Frankreich wünsche. Herz ist der Meinung, daß zwischen der früheren Regierung und dem Kanzler Stresemann ein Unterschied gemacht werden müsse. Das demokratische Deutschland sei in dem neuen Kabinett stark und gut vertreten. Trotz allen früheren Entschuldigungen müßte der Versuch gemacht werden, mit ihm zu einer Verständigung zu kommen. Zu diesem Zweck sei es aber nötig, daß der Kanzler ein Opfer bringe, das zwar den preussischen Stolz verletz, dafür aber die Situation sofort klären würde. Stresemann solle aus eigener Entschließung einen unabhängigen militärisch neutralen Rheinstaat schaffen, der für Frankreichs Sicherheit bürgte, auch wenn er noch weiter beim Deutschen Reich verbleiben sollte. Eine solche Entscheidung würde die Stimmung logisch ändern und die Verhandlungen über die Reparationen wesentlich erleichtern. Es könnte in diesem Falle sogar die Möglichkeit erwogen werden, die Befragung aus dem Rheinland schon früher zurückzuziehen. Um die nötigen Verhandlungen einzuleiten, sei ein neuer Vorkonzert in Paris notwendig.

## Lloyd George gegen Frankreich.

London, 9. Sept. Lloyd George kritisierte heute in einer Rede in Wales scharf die Politik Frankreichs. Er wandte sich gegen die Oerlingschätzung der britischen Stärke, die gegenüber dem Kontinent wie eine Epidemie um sich greife. Dabei wären die Staaten des Kontinents ohne die Intervention Großbritanniens heute Besatzungsländer. Poincaré habe neulich in einer Rede angedeutet, daß Deutschland England vernichtet hätte, wenn Frankreich nicht gewesen wäre. Würden denn aber? So fragte Lloyd George, die deutschen Heere zu uns herübergeschwenken sein? Napoleon sei es nicht geblieben, wie hätte es Kaiser Wilhelm gelingen sollen? England habe ein riesiges Heer ausgerüstet, um Frankreich und Belgien vor vollständiger Vernichtung zu retten. Großbritannien sei nicht so ohnmächtig, wie sich seine Freunde auf dem Kontinent einbildeten.

London, 9. Sept. Das englische Parlamentmitglied Kenworthy äußerte sich noch dem „Manchester Guardian“ pessimistisch über die Lage in Deutschland, von wo er soeben zurückgekehrt ist. Er sagte, die Deutschen würden den passiven Widerstand fortsetzen, so lange sie könnten. Die Regierung Stresemann sei die letzte konstitutionelle Regierung in Deutschland. Wenn sie falle, würde eine Balkanisierung Deutschlands eintreten. Das die deutsche Regierung unverzüglich brauche, seien Kredite für den Ankauf von Weizen, Kohle und Fett. Die englische Regierung könne diese natürlich nicht gewähren, aber die englischen Bankiers könnten es tun, wenn sie Deutschland wirklich retten wollten. Die britische Regierung müsse ihre Verhandlungen mit Frankreich beschleunigen und nicht Wochen zwischen den Akten vergehen lassen.

Genf, 9. Sept. Das Pariser „Journal“ meldet aus London: In der Regierung nächstestehenden Kreisen verläutet, daß die Sachverständigenberatungen über die französische und die belgische Forderung für eine teilweise Annahme der französischen und belgischen Forderungen ausgesprochen hätten, im übrigen aber dem englischen Vorschlag der Finanzkontrolle in Deutschland zuzustimmen. Nur ein rückhaltloser Abbau des Beamtenapparats und ein Stillstand in den Geldausgaben für öffentliche Einrichtungen könnten Deutschland retten. Alle anderen Maßnahmen würden nicht den Kern der Sache. Deutschland müsse nicht nur seine Einnahmen erhöhen, viel wichtiger sei die Verminderung der Ausgaben. Das könne aber nur erreicht werden, wenn eine Finanzkontrolle mit großen Macht befugnisse da sei, da die deutsche Regierung wegen ihrer Ohnmacht im Innern absolut nicht imstande sei, Ordnung zu schaffen.